

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

20.12.1930 (No. 297)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Kontroll-
Nr. 353
und 354
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. Mendel
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8,25 RM, einjährig 82,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen taufelster Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostückverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherem Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralschulbeilage für Baden, Badischer Zentralschulbeilage für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Großbritanniens

Der zum Vizekonsul bei dem Kgl. Britischen Generalkonsulat in Frankfurt a. M. ernannte Herr R. J. Fowler ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden vorläufig zugelassen worden.

Auch der Reichsrat in Ferien

Der Reichsrat genehmigte am Freitagabend die Arzneiart 1931 und eine Verordnung über das Verreiben von Heilungsmitteln enthaltenden Arzneien und ihre Abgabe in den Apotheken.

Angenommen wurde ferner auch eine Durchführungsverordnung zur Realsteuerentlastung im Rechnungsjahre 1931. Danach gelten Steuerfeste und Nachtragsumlagen nur dann als bis zum 31. Dezember d. J. rechtskräftig beschlossene, wenn die erforderliche Genehmigung durch die Landesbehörde bis zu diesem Zeitpunkt schon erteilt ist. Die Genehmigung hat also keine rückwirkende Kraft. Ferner behält sich der Reichsfinanzminister vor, diejenigen Länder bekanntzugeben, für die die Ausnahmebestimmungen von der Realsteuerentlastung in der Notverordnung gelten. Außerdem will er im „Reichsanzeiger“ veröffentlichen, wie sich die Realsteuerentlastung für 1931 in den einzelnen Ländern gestalten wird.

Die nächste Sitzung des Reichsrats findet am 15. Januar 1931 statt.

Statistisches von der Deutschen Reichsbahn

Von der Deutschen Reichsbahn wird eine interessante statistische Zusammenstellung veröffentlicht. Danach betragen im Januar 1930: Die Betriebslänge der Reichsbahn 53 826 Kilometer (gegen 53 800 im Oktober 1929), die Zugkilometer 559 478 000 (570 027 000), die Wagenkilometer 23 218 000 000 (26 061 000 000), die Tonnenkilometer 334 356 000 (406 351 000), die Lokomotivkilometer 52 046 000 000 (64 807 000 000), die Waggokilometer 202 628 000 000 (227 927 000 000), die Personenkilometer 55 977 000 000 (68 888 000 000), die Zahl der beförderten Personen 1 543 000 000 (1 660 000 000), die Personenkilometer 37 659 000 000 (40 298 000 000), der Lokomotivkilometer 887 097 000 (932 052 000), der Lokomotivkilometer 584 981 000 (576 762 000), die Wagenleistung 33 672 000 (38 799 000), die Einnahmen betragen 3 878 000 000 (4 508 000 000), davon im Personenverkehr 1 164 000 000 (1 226 000 000), im Güterverkehr 2 407 000 000 (2 932 000 000), das Gesamtpersonal bezieht sich auf 687 628 (716 699) Köpfe.

Vergleichsbemühungen im Streit zwischen Reich und Thüringen. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, hat die Parteien in der Streitsache Reich — Thüringen auf Montag, den 22. Dezember, zu einer Aussprache nach Leipzig gebeten. Er beabsichtigt, den Parteien einen Vergleich vorzuschlagen und mit ihnen über diesen Vorschlag zu verhandeln.

Die Birmasener Bombenfund. Aus dem Weiser bei Birmasener sind 81 Granaten herausgefunden worden. Außerdem fand man einen Militärarabier und eine Pistole, was infolgedessen überrascht, als man feststellte, daß die Pistole keine 14 Tage im Wasser gelegen haben kann.

Im Tarifstreit der Bankangestellten ist in Berlin eine Vereinbarung zustande gekommen. Der ablaufende Reichstagsvertrag wird verlängert. Die Gehaltsätze aller Angestellten und Arbeiter werden jedoch um 6 Prozent gekürzt. Die Sozialzulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.

Das französische Parlament ist in die Ferien gegangen; es wird erst gegen Mitte Januar wieder zusammentreten.

Das englische Unterhaus vertrat sich bis zum 20. Januar des kommenden Jahres.

130 000 englische Frauen zur Weltabrüstung. Die internationale Erklärung über die Weltabrüstung, die der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes vorgelegt werden soll, ist bisher von nahezu 130 000 englischen Frauen unterzeichnet worden.

Wegfall in der russischen Regierung. Der Vorsitzende des Volkskommissariats, Rykoff, ist zurückgetreten. An seine Stelle tritt Morosoff.

Starke Anwachen der Sozialausgaben in Großbritannien. Nach den amtlichen Veröffentlichungen sind die Ausgaben für soziale Zwecke in Großbritannien von 22 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1891 auf 395 Millionen Pfund im Jahre 1929 gestiegen. Seit 1921 haben sich diese Ausgaben um 77 Millionen Pfund erhöht.

Die Lage in Spanien. Eine halbamtliche Mitteilung aus Madrid besagt, daß in den spanischen Städten kein Generalstreik mehr herrsche. Die Ruhe sei überall wieder hergestellt.

Der neue Vizekönig von Indien. Viscount Willingdon, der bisherige Generalgouverneur von Kanada, ist zum Vizekönig von Indien ernannt worden.

Für Kürzung der amerikanischen Einwanderungsquoten. Staatssekretär Stimson schlug dem Einwanderungsausschuß des Bundes senats vor, die den verschiedenen Nationen zugewilligten Einwanderungsquoten um 90 Proz. auf zwei Jahre zu kürzen.

Bewilligung des amerikanischen Farmerkredits. Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm den Gesetzentwurf an, der einen Kredit von 150 Millionen Dollar zugunsten des Farmerkredits vorsieht. Der Gesetzentwurf wird nun dem Senat zugehen.

Letzte Nachrichten

Das Urteil im Franzen-Prozess

Aufhebung eines Teiles der einstweiligen Verfügungen
W.B. Braunschweig, 20. Dez. (Tel.) In dem Einspruch des „Volksfreundes“ gegen die einstweilige Verfügung im Franzen-Prozess verurteilte das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz folgendes Urteil:

Auf Berufung der Verfügungsbelegten wird das erstinstanzliche Urteil insoweit aufgehoben, als den Verfügungsbelegten unterjagt ist, in der dort bezeichneten Weise öffentlich zu behaupten oder zu verbreiten, der Verfügungsläger habe einen wegen Bankrotverurteilung und -übertragung festgenommenen Landwirt Paul Guib, welcher sich der Polizei gegenüber auf Grund eines mit Lichtbild versehenen Eisenbahnausweises als preußischer Landtagsabg. Lohje bezeichnet habe, ebenfalls als Lohje reklamiert und unter Hinweis auf die aus der Landschaftsabgeordneteneigenschaft folgenden Immunität Lohjes die Freilassung Guibs zu erwirken versucht, also die Polizei irreführt, auch sei ein Strafverfahren gegen den Verfügungsläger eingeleitet und weiter infolgedessen die Verfügungsbelegten die Verfügung zugesprochen ist, das Gerichtsurteil in folgenden Fesseln: „Niederfachlicher Beobachter“ zu Hannover, „Pfälzischer Beobachter“ zu München, „Kieler Neuesten Nachrichten“ zu Kiel und „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ zu Itzehoe zu veröffentlichen.

Die weitergehende Berufung des Verfügungsbelegten wird zurückgewiesen. Die Kosten des Verfahrens beider Rechtszüge werden gegeneinander aufgehoben. Dieses Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Abschluß des Berliner Kredites

W.B. Berlin, 20. Dez. (Tel.) Die Kreditverhandlungen der Stadt Berlin sind jetzt endgültig abgeschlossen. Die Hälfte des notwendigen Kredites von rund 150 Millionen Reichsmark ist durch ein unter Führung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, stehendes Konsortium zur Verfügung gestellt worden. Die andere Hälfte wird mit Hilfe eines ausländischen Konsortiums beschafft werden.

Anschläge gegen Konsulate in Hamburg

W.B. Hamburg, 20. Dez. Gestern Abend wurden kurz nacheinander in dem französischen und dem jugoslawischen Generalkonsulat Fenstersteine durch Steinwürfe eingeschlagen. Nach den aufgefundenen Zetteln scheint es sich bei den Tätern, die im Schutze der Dunkelheit entkommen sind, um Kommunisten zu handeln. Bürgermeister Hoff sprach den beiden Konsulaten das Bedauern des Senats über die Vorfälle aus.

Austritt des Justizministers aus der Fraktion Poinecaré

W.B. Paris, 20. Dez. (Tel.) Die Senatsfraktion der Republikanischen Vereinigung (Fraktion Poinecaré) hat sich gegen die neue Regierung Steeg ausgesprochen, weil sie mit einer Partei zusammenarbeite, deren Programm für die außen- und innenpolitischen Interessen Frankreichs gefährlich sei. So wie Justizminister Cléron, der dieser Fraktion angehört, von dem Beschluß Kenntnis hatte, teilte er, wie „Petit Parisien“ meldet, dem Vorsitzenden seinen Austritt aus der Senatsfraktion mit.

Die spanischen Militärflieger verlassen Portugal

W.B. Lissabon, 20. Dez. (Tel.) Die portugiesische Regierung hat dem spanischen Fliegermajor Franco und den spanischen Fliegern, die ihn auf seiner Flucht begleiteten, auf ihren Antrag die Erlaubnis erteilt, Portugal zu verlassen.

Die amerikanischen Kirchen gegen die Kriegsschuldlüge

W.B. New York, 20. Dez. (Priv. Tel.) Der in Washington versammelte Kongressausschuß des amerikanischen Kirchenbundes, der fast den gesamten amerikanischen Protestantismus vertritt, hat in einer Entschließung zur Kriegsschuldfrage die „Christlichen Brüder“ in Deutschland verurteilt, daß er der „Theorie von der ausschließlichen Verantwortung Deutschlands für den Krieg nicht zustimmt“. Zur Frage der Außerung der Kriegsschulden und der Reparationen wurde festgestellt, daß man an solche Fragen herangehen sollte vom Standpunkt der christlichen Brüder aus und nicht vom Gesichtswinkel des engen Interesses irgend einer Nation. Es ist dies das erste Mal, daß eine offizielle und leitende kirchliche Körperschaft des Auslandes so offen und unmissverständlich gegen die Kriegsschuldlüge Stellung nimmt.

Schiffskatastrophe in der Ostsee

W.B. Kopenhagen, 20. Dez. (Tel.) Bei einem Zusammenstoß der finnischen Dampfer „Oberon“ und „Arcturus“ bei Raasou ging die „Oberon“ unter. Die „Arcturus“ rettete 36 Personen, 45 Personen werden noch vermißt. Die „Oberon“ sank im Laufe von drei Minuten. Seine Besatzung betrug 60 Mann. Außerdem befanden sich 21 Passagiere an Bord, davon in der ersten Klasse 5 Erwachsene und ein Kind, in der dritten Klasse 15 Erwachsene. Sowie man weiß, sind bisher nur vier Passagiere und 32 Mann der Besatzung gerettet. Es werden noch 17 Passagiere und 28 Mann von der Besatzung vermißt.

Reichsaussenminister Dr. Curtius befindet sich seit heute in Oberschlesien, um mit den Vertretern der Wirtschaft- und politischen Kreise die obersteiländischen Krassen zu besprechen.

* Zur politischen Lage

Regierung und Beamte

Nicht nur von den Beamten, sondern von allen rechtlich und vernünftig denkenden Staatsbürgern werden die Worte, die gestern Reichskanzler Dr. Brüning an die Vertreter der Beamtenspitzenorganisationen gerichtet hat, mit Zustimmung und Genugtuung begrüßt werden. Der Reichskanzler ging in seinen Ausführungen von der Tatsache der Schicksalsverbundenheit zwischen Staat und Beamten aus und betonte dann, wie gerade in der heutigen schweren Zeit das Berufsbeamtentum die zuverlässigste Stütze des Staates sei; er könne sich nicht vorstellen, wie die schwereren Aufgaben der Regierung ohne ein treues und zuverlässiges Berufsbeamtentum gelöst werden könnten.

Mit vollem Recht dürfe die Beamtenschaft beanspruchen, daß die Allgemeinheit mehr Verständnis für ihre Tätigkeit aufbringt; sehe sie doch ihre ganze Kraft für Volk und Staat ein. Von jeder habe der deutsche Beamte als das Vorbild uneigennütziger Pflichttreue und Unbestechlichkeit gegolten. Er sei stets die stärkste Säule eines geordneten Staatswesens gewesen.

Der Reichskanzler sprach die Erwartung aus, daß die Beamtenschaft nach wie vor ihre ganze Arbeitskraft dem Staate hingeben werde, da nur dann die Überwindung der gegenwärtigen schweren Notlage möglich sei. Im übrigen werde die Reichsregierung es nicht dulden, daß die Beamtenschaft zu Unrecht angegriffen werde; sie werde alles tun, um gegen Verleumdungen des Berufsbeamtentums vorzugehen und unberechtigte Angriffe mit Nachdruck abzuwehren.

Diese Ausführungen des Reichskanzlers haben natürlich nicht nur für die Reichsregierung Geltung, sondern auch für die Regierungen der Länder. In den Ländern weiß man ebenfalls, was die Öffentlichkeit unseren pflichttreuen Beamten zu danken hat. Und was speziell Baden anlangt, so ist die Qualität des badischen Beamtentums von jeder der Stolz des ganzen Vaterlandes gewesen.

Daß Erörterungen über die Notwendigkeit von Gehaltskürzungen — Erörterungen, denen gestern auch der Reichskanzler durchaus nicht aus dem Wege ging — mit dieser hohen Einschätzung des Beamtentums nichts zu tun haben können, versteht sich von selbst. Und man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß diese Kürzung von der Beamtenschaft selbst als ein Opfer hingenommen werden wird, dem man nach Lage der Dinge nun einmal leider nicht enttrinnen konnte.

Wachsende Besonnenheit einerseits, Radikalisierung andererseits

Die Beratungen im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags haben mit ihren Abstimmungen über einzelne Anträge klar und deutlich gezeigt, daß man bei aller unterschiedenen Wahrung der nationalen Interessen eine Politik der Abenteurer und der bewußten Zuspitzung nicht wünscht. Bei mehreren Gelegenheiten haben sich Mehrheiten zusammengefunden, die ausreichten, um sehr weitgehende Anträge der Nationalsozialisten abzulehnen. Auch sonst haben ja die letzten Wochen manchen Beweis dafür erbracht, daß die Elemente einer besonnenen und ruhigen Politik noch immer stark genug sind, um unserer inneren und auswärtigen Politik den Stempel aufzudrücken.

Daß der Radikalismus als solcher an Boden verloren hätte, wird man jedoch kaum behaupten können. Soeben erhalten wir eine Meldung aus Regnitz über die Generalversammlung des dortigen Kreislandbundes, eine Meldung, die eine weitere Radikalisierung der Landwirtschaft erkennen läßt. Der Hauptgeschäftsführer des Schlesischen Landbundes gab dort die Erklärung ab, daß die Landwirtschaft, da sie und mit ihr das gesamte deutsche Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch stehe, dem gegenwärtigen System den Kampf bis aufs Messer ansetzen müsse. Die Landwirtschaft gehöre in die nationale Front hinein. Was den Landbund anlangt, so müsse er sich in die nationalsozialistische Bewegung eingliedern. Im „Dritten Reich“ werde der Landbund gewissermaßen die „Gewerkschaft des Landvolkes“ darstellen. Schon aus diesem Grund unterstütze der Landbund die nationalsozialistische Bewegung.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Politik der Deutschnationalen und des Landvolkes heute kaum noch von der der Nationalsozialisten zu unterscheiden ist, wird man von einem weiteren Umschlagreifen der nationalsozialistischen Bewegung sprechen müssen: Deutschnationale

und Landvolk sind heute bereits nichts anderes als nationalsozialistische Nebengruppen, mag das auch organisatorisch noch nicht in Erscheinung treten.

Ob der Nationalsozialismus der Landwirtschaft und der gesamten deutschen Wirtschaft die Rettung bringen wird, das ist eine Frage, die sich die Angehörigen dieser Nebengruppen wohl nicht ernstlich vorgelegt haben. Nach all dem, was in der letzten Zeit über die wirtschafts- und sozialpolitische Politik des Nationalsozialismus bekannt geworden ist, wird jeder Wirtschaftspraktiker diese Frage bezweifeln, wenn nicht geradezu verneinen müssen.

Badischer Landtag

Auch im Badischen Landtag sind in den letzten Tagen die Gegensätze in einer Weise aufeinandergeprallt, die man im Interesse des Ansehens unseres Landesparlamentes nur auf's tiefste beklagen kann. Wir halten es nicht für zweckmäßig, hier nochmals auf die Einzelheiten dieser Vorgänge einzugehen. Am besten ist es, wenn recht schnell Gras darüber wächst.

Das ist auch die Auffassung des Vertrauensmännerauschusses gewesen, der einstimmig den Standpunkt vertrat, daß man die ganze Angelegenheit als erledigt ansehen wolle und keine weitere Untersuchung einleiten werde, weil die Meinungen über den Vorgang auseinandergehen. Der Landtagspräsident Duffner hat dann unter Berufung auf diese Stellungnahme des Vertrauensmännerauschusses den Vorfall mit einem Urteilspruch abgeschlossen, der als ein Musterbeispiel wahrer Gerechtigkeit zu bezeichnen ist. Der eine Abgeordnete, der zugegeben hatte, daß er einen verletzenden Ausdruck gebraucht habe, wurde nachdrücklich zur Ordnung gerufen. Und zwei andere Abgeordnete, die tätlich aneinander geraten waren, wurden von der betreffenden Sitzung ausgeschlossen. Es wäre zu wünschen, daß diese kluge Erledigung einen heilsamen und beruhigenden Einfluß auf die aufgeregten Gemüter ausübt.

Die Situation in den Parlamenten ist begreiflicherweise zur Zeit ganz außergewöhnlich schwierig. Auf der einen Seite haben wir die Parteien, die in sachlicher Arbeit, in wirklicher Politik die Hauptaufgabe ihres ganzen Tuns erblicken. Auf der anderen Seite haben wir eine Opposition, der es in erster Linie darauf ankommt, zu agitieren und zu provozieren.

Der Hinweis darauf, daß der Parlamentarismus durch tumultuarische Szenen bloßgestellt werde, macht auf die meisten Abgeordneten der Opposition keinen Eindruck, da sie ja gerade als Feinde des parlamentarischen Systems dieses nach Kräften unmöglich machen wollen. Für die Parteien positiver Mitarbeit bedeutet diese oppositionelle Taktik der Provokationen eine schwere Nervenbelastung. Und man kann es menschlich gewiß begreifen, daß angesichts einer gar zu häufigen Herausforderung einmal das Temperament durchgeht.

Eine Besserung wird nur dadurch zu erzielen sein, daß die Abgeordneten der Regierungsparteien sich daran gewöhnen, derartige Provokationen mit Gelassenheit hinzunehmen oder zu ignorieren, und daß die Abgeordneten der Opposition, die auch im Parlament den Grundsatz der Höflichkeit im Verkehr mit den Mitmenschen vertreten, noch stärker auf ihre Parteigenossen einwirken, um diese vor offenkundigen Beleidigungen zurückzuhalten.

Der Kampf um das Wirtschaftssystem

Unter dem Gesichtswinkel der allgemeinen, innerpolitischen Lage gesehen, entpuppen sich alle diese Zusammenstöße als Erscheinungen eines Kampfes um die Macht, der an Erbitterung kaum noch zu überbieten ist. Die Not der Wirtschaft liefert zu alledem nicht nur die Voraussetzungen, sondern gleichzeitig auch die gefühlsmäßige Begleitmusik: wenn die Existenz von Millionen bedroht und geschädigt ist, befindet sich auch der Nervenapparat dieser Menschen nicht mehr im Gleichgewicht.

Ferrig ist der Glaube, daß Kampf allein zum Ziele führen könne. Mit Agitationen und Provokationen kann man das Leben eines Volkes auf die Dauer nicht reformieren. Und ebensowenig kann man mit Agitation und Provokation die Wirtschaftsknotens dieser Zeit kurieren. Die Sanierung der Wirtschaft erfordert sehr viele ruhige und kühle Überlegung. Und gerade der Wirtschaftspraktiker, der das bisherige System unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik als verfehlt ansieht, wird immer wieder die betäubende Wahrnehmung machen müssen, daß auch die nationalsozialistische Opposition ihrerseits die Fehlerquellen noch keineswegs richtig erkannt hat und offenbar glaubt, mit agitatorisch aufgezoogenen Anträgen etwas helfen zu können, wo nur die Rückkehr zu den immanen Gesetzen der Wirtschaft selbst etwas helfen kann.

In Zeiten jahrzehntelanger Hochkonjunktur kann man einen Staat der sozialen Fürsorge leicht ausbauen. So, wie die Verhältnisse seit dem Weltkrieg liegen, wird uns nur die Errichtung des modernen Wirtschaftsstaates aus der Krise herausführen können. Und das Kennzeichen dieses Wirtschaftsstaates ist das auf allen Gebieten anzuerkennende Gesetz von Angebot und Nachfrage, unter einer vorsichtigen und regulierenden Kontrolle des Staates.

In der Gräflich-Vendelschen Zentralverwaltung waren drei Generaldirektoren, von Mosch, Günther und Scheibert, freilos entlassen worden und das Arbeitsgericht Kottbus hatte sie mit ihrer Klage abgewiesen. Das Urteil warf den Generaldirektoren vor, daß sie ihre Pflicht und Treue, Gewissenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit verkehrt hätten. Das Landesarbeitsgericht wies die Berufung kostenpflichtig ab. Es ging sogar noch über das Urteil der ersten Instanz hinaus und erkannte den drei Klagenden eine Pensionsberechtigung ab.

Badischer Teil

Zum Tode des Gesandten Ulrich Rauscher

Im Auftrag des Staatspräsidenten hat Landrat Münch von Neustadt der Gattin des in St. Blasien verstorbenen deutschen Gesandten in Warschau Ulrich Rauscher die Teilnahme der badischen Regierung ausgesprochen. Landrat Münch nimmt als Vertreter der Regierung an der Beisetzung in St. Blasien teil.

Der Fremdenverkehr Badens im November

Nach den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Fremdenverkehrsstatisik haben in 210 badischen Fremdenplätzen insgesamt 76 807 Fremde übernachtet; 6428 = 8,4 v. H. waren Ausländer. Die größte Zahl (1509) stammte aus Österreich in weiterer Reihenfolge kommen Schweiz, Frankreich, Vereinigte Staaten von Amerika, England, Holland. Bezüglich der Aufenthaltsdauer wurden vom Statistischen Landesamt im ganzen 187 321 Übernachtungen von Fremden festgestellt, wovon 9790 auf Ausländer entfallen. Hierbei steht die Schweiz mit 1969 Übernachtungen an der Spitze; es folgen Österreich, Vereinigte Staaten von Amerika, England, Frankreich und Holland.

Im Vergleich zum Vormonat Oktober, für den Meldungen aus 230 Berichtsorten vorliegen, war der Fremdenverkehr sehr schwach. Er ging bei den Ankünften um 23,7 v. H. und bei den Übernachtungen um 32,3 v. H. zurück.

Stillegung der Albtalbahnstrecke Busenbach-Brüdingen vom Reichsverkehrsminister genehmigt

Der Reichsverkehrsminister hat die Einstellung der Albtalbahnstrecke Busenbach-Brüdingen genehmigt. Die Stillegung erfolgt am 2. Januar. Die erste Auswirkung dieser Maßnahme ist bereits eingetreten. Die Karlsruher Baustofffirma in Ittersbach hat ihrem gesamten Personal auf diese Nachricht hin gekündigt. 50 Familien, die bisher in ganzjährigem Verdienst standen, sind brotlos. Weitere Betriebsstillegungen sollen bevorstehen.

Badischer Landtag

Die Universitätsinterpellationen

D. J. Karlsruhe, 19. Dezember.

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Nummer.)
Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch. u. Bauernp.) begründet eine von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Ev. Volksdienst mitunterzeichnete förmliche Anfrage, die sich gegen

die Ernennung des Hochschullehrers Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg richtet. Dr. Gumbel habe sich nach unwiderprochenen Presseberichten offen zum Landesverrat bekannt. Dennoch sei seine Ernennung erfolgt, obwohl die Universität dagegen gewesen sein soll. Darin liege eine Herausforderung des national gefintenen Teiles unseres Volkes.

Abg. Bod (Komm.) erhält dann das Wort zur Begründung seines Antrages zur Beilegung der Senkung der sozialen Ausgaben.

Die studentischen Pflichtbeiträge in Heidelberg sollen wieder auf 3 Reichsmark (jetzt 2 Reichsmark) festgesetzt werden. Des weiteren werden Sicherungen verlangt, daß den Studierenden, über deren Köpfe hinweg ohne Zulassung von Debatten oder Anträgen die unsoziale Senkung in Heidelberg beschlossen wurde, das volle Mitbestimmungsrecht in der studentischen Selbstverwaltung gewährleistet wird.

Hierauf nimmt

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Kemmele

zur Beantwortung der Interpellationen das Wort.

Zum Nichtfest in Heidelberg

Der Minister stellt attemäßig fest: Es war nicht zu ergründen, warum es dem Afta mit dem Nichtfest so eilig war. Der Referent hat mit der Sperrung der Beiträge richtig gehandelt, da Gelder der Afta-Kasse nur im Rahmen der vom Ministerium genehmigten Haushaltspläne verwendet werden dürfen. Der Afta hat u. a. Zuschüsse zu einem von ihm errichteten Behramt aus seiner Kasse leisten wollen. (Hört! Hört!) Die Unterrichtsverwaltung würde ihre Selbständigkeit aufgeben, wenn sie ihre Pflicht verjümen und sich derart behandeln ließe. Die Verteilung der Gelder durch den Afta in Heidelberg zeige, daß sie von bestimmten Tendenzen beeinflusst sei.

Was die Pflichtbeiträge anlangt, so sei nicht einzusehen, weshalb sie in Heidelberg höher sein sollen als in Freiburg und Karlsruhe.

Der Fall Gumbel

Der Minister legt ausführlich dar, daß das Ministerium schon formell im Recht war, wenn es Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor ernannte. Es konnte dafür aber auch in hohem Maße Gesichtspunkte der Gerechtigkeit geltend machen. Die philosophische Fakultät habe sich mit der Ernennung unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß auch der Privatdozent Dr. Glodner zum außerordentlichen Professor ernannt wird. Man konnte doch nicht einen Mann, der seit 1923 in Heidelberg dozierte, dauernd übergehen. Das gegen ihn feinerzeit wegen angeblichen Landesverrats vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren ist 1925 schon in der Voruntersuchung eingestellt worden; Disziplinarverfahren kamen vor der Fakultät und den sonst dazu berufenen Organen nicht zur Durchführung. Seitdem hat es keine Beanstandungen mehr gegeben.

Der Minister tadelt unter lebhafter Zustimmung die Behauptung, daß die Studentenschaft ihre Protestschlichtung in einem Bürtensabzug an das Ministerium sandte.

Der Senat stellt sich in sachlicher Beziehung vor die Persönlichkeit des Dr. Gumbel und lehnt es ab, ihn beleidigen zu lassen, soweit seine Stellung in Betracht kommt. Eine Maßregelung Dr. Gumbels deshalb, weil rechtsorientierte Volkstreffen ihn nicht leiden mögen, könne man dem Ministerium nicht zumuten.

Der Afta in Heidelberg

Dazu machte der Minister folgende Ausführungen: Der Afta ist eine vom Ministerium genehmigte Einrichtung der Selbstverwaltung. Hier entscheidet die Qualifikation. Der Vorsitzende des Heidelberger Afta hat seine Verpflichtungen in größtlicher Weise verletzt. Das Ministerium muß für Ordnung sorgen, weil sonst ein moralisches Recht, für diesen Zweck Zwangsbeiträge zu erheben, nicht mehr besteht.

Für die Politisierung des Afta spreche das Fernbleiben der Studentenschaft von der Feier des Rektoratswechsels. Er, der Minister, habe in einem Schreiben an den Rektor dringend

erlaubt, die Entpolitisierung des Afta in die Wege leiten zu wollen. Die Widerheitsgruppen grundsätzlich auszuschließen, verstoße gegen die Satzungen. Es müsse darum eine andere Besetzung der Ämter eintreten.

Ministerialrat Dr. Thoma kommt auf das Nichtfest

zurück und erklärt unter Hinweis auf die Akten, daß die Darstellung des Abg. Kraft den Tatsachen nicht entspreche. (Lebhafte Widerspruch der Nationalsozialisten.)

Es entsteht eine erregte Geschäftsordnungsdebatte über eine etwaige Besprechung der Interpellation. Dabei kommen von seiten der Nationalsozialisten Zwischenrufe, die die Wahrheit der ministeriellen Erklärungen anzweifeln. Das führt zu einem ungeheuren Lärm, und es ertönen Rufe: „Raus!“ Als der nationalsozialistische Abgeordnete Kraft eine drohende Haltung gegen die Zentrumsbänke einnimmt, kommt es zwischen ihm und dem Zentrumsabgeordneten Feurich zu Tätlichkeiten, denen durch das Dazwischentreten anderer Abgeordneter als bald ein Ende gemacht wird. Im Saal bilden sich erregte Gruppen. Schließlich konnte sich der Präsident durchsetzen und die nächste Sitzung auf nachm. 4 Uhr anberaumen.

Schluß halb 8 Uhr.

9. Sitzung (Nachmittagsitzung)

D. J. Karlsruhe, 19. Dez. 1930.

Eingegangen ist ein Antrag von Au zur Erhebung der erhöhten Gebäudesteuer. Er wünscht schonende Behandlung wirtschaftlich schwacher Hauseigentümer. Präsident Duffner eröffnet die Sitzung mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns über

die Vorkommnisse von heute mittag,

und teilt mit, daß der Vertrauensmännerauschuß dazu Stellung genommen und einstimmig beschlossen habe, die Angelegenheit als erledigt anzusehen. Aus einer Untersuchung käme nichts Erpriechliches heraus, weil die Meinungen zu weit auseinandergingen. Tatsache sei, daß geschlagen wurde. Die Abg. Kraft und Feurich werden von der heutigen Sitzung ausgeschlossen und der Abg. Mann (Zentr.) erhält einen Ordnungsruf, weil er zugegebenermaßen einen Ausdruck gebrauchte, der Herrn Kraft verletzen mußte.

In der fortgesetzten

Aussprache über die Hochschulinterpellationen

äußern die

Abg. Dr. Schmittknecht (D. Natl.) und Schmidt-Bretten (Wirtsch. u. Bauernp.) ihr Mißfallen über die Ernennung Dr. Gumbels.

Abg. Fabermehl (D. Natl.) erklärt, die Angelegenheit habe nicht nur eine sachliche, sondern auch eine politische Seite. In dieser Beziehung seien Vermutungen seitens des Dekans der Fakultät und des Ministeriums festzustellen. Das Verhalten des Ministeriums sei bei seiner Einstellung nicht verwunderlich. Dr. Gumbel habe sich außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt; einen solchen Mann dürfe man nicht der akademischen Jugend als Lehrer und Vorbild zumuten. Daß diese sich dagegen empört, sei ihr gutes Recht, und sie verdiene die Unterstützung aller nationaldenkenden Kreise.

Abg. Dr. Horn (D. Wp.) führt aus, die Heidelberger Vorfälle dürften sich nicht auf die Dauer zum Nachteil der Universität auswirken. Er hofft, daß der alte gute Ruf der Ruperto Carola davon unberührt bleibt. Möge bald das alte Vertrauensverhältnis zwischen Universität und Ministerium wiederkehren.

Abg. Dr. Leers (D. Dem. P.) glaubt, daß die akademische Jugend in Heidelberg die akademische Freiheit mißverstanden und sehr stark unter nationalsozialistischem Einfluß gehandelt habe. Der Redner gibt die Hoffnung nicht auf, daß in der Studentenschaft auch einmal der republikanische Geist wiederkehren wird. Es gehe nicht an, daß die Studenten ihr eigenes Ich so sehr in Vordergrund stellen und sich als Wächter der nationalen Geshäfte betrachten. Dr. Gumbel sei auf Vorschlag der Fakultät Privatdozent geworden. Auch wenn man ihm die Professur entziehen würde, hätte man ihn noch nicht los, außer man schlage ihn tot. Nach Ansicht des Redners hätten die Studenten keine Forderung zu stellen; das sei Sache der Fakultät.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) tritt der Auffassung entgegen, daß das Nichtfest von nationalsozialistischer Seite zu einer politischen Angelegenheit gemacht worden sei. In der Angelegenheit Dr. Gumbel schließt er sich dem an, was von der rechten Seite des Hauses gesagt wurde.

Abg. Dr. Schmittknecht (D. Natl.) bemerkt, daß er keineswegs im Namen der Universität, sondern lediglich in seinem Namen gesprochen habe.

Minister Dr. Kemmele

unterstreicht, daß er im Falle Gumbel nur seine Pflicht getan habe. Das Verfahren gegen Dr. Gumbel sei seiner Zeit mangels an Beweisen eingestellt worden. Über neue Behauptungen sei ein Feststellungsverfahren eingeleitet. Die Vorkommnisse in Heidelberg hätten in keiner Weise zu einer Entfremdung zwischen Ministerium und Lehrkörper geführt. Es sei zu hoffen, daß es den zuständigen Organen der Universität gelinge, die strittigen Punkte hinsichtlich des Afta zu bereinigen, ohne daß das Ministerium eingegriffen braucht. Unter Umständen bliebe nichts anderes übrig, als den Afta in seiner jetzigen Zusammensetzung aufzulösen.

Der Minister nimmt zum Schluß den Dank des vorigen Sprechers in Schutz. Man hätte am liebsten vom Fall Gumbel nicht gesprochen. Der Dekan habe in bester Absicht geglaubt, der Sache zu dienen.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) erklärt zum Fall Gumbel, daß dessen rednerische Entgleisungen gewiß zu beurteilen seien. Es sei aber im Leben üblich, daß, wenn solche vom Urheber bedauert werden, die Sache damit erledigt ist. Wenn neue Behauptungen auftauchen, so müßte zunächst die vom Senat beantragte Untersuchung abgeschlossen sein, ehe man sich ein Urteil erlaubt. Im Interesse einer ruhigen nationalen Entwicklung läge es, die jungen Studenten zu beschwichtigen. Der Redner bezieht sich zum Schluß als im höchsten Maße ungerecht, großen Teilen des Volkes die nationale Ehre abzusprechen.

Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Abg. Rückert (Sozdem.) erklärt als Interpellant im Schlußwort, die Haltung des Ministeriums sei korrekt gewesen und zu billigen. Die Hege gegen den sozialdemokratischen Minister habe man auf falscher Grundlage aufgebaut.

Abstimmung

Der kommunistische Antrag auf Wiedererhöhung der studentischen Pflichtbeiträge wird abgelehnt. Über einen Antrag Rückert (Sozdem.), in der studentischen Selbstverwaltung Sicherungen zu schaffen, damit auch den Minderheiten das volle Mitbestimmungsrecht gewährleistet wird, soll später abgestimmt werden.

Gegen 17 Uhr abends entläßt der Präsident die Abgeordneten mit den besten Wünschen für die Feiertage in die Weihnachtstagen. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Reichsgründungsfeier an den badischen Schulen

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat an sämtliche Schulbehörden und Leiter der Schulanstalten einen Erlaß gerichtet, wonach am 17. Januar 1931 nach Schluß des Unterrichts, vormittags 11 Uhr, in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung der Reichsgründungsfeier hinzuweisen ist.

Aus der badischen Industrie

Ergebnislose Versteigerung der Eßigfabrik Kort. Bei der am Donnerstag auf dem Rathaus zu Kort angelegten Versteigerungstermin für die ehemalige Kiefern Eßigfabrik waren nur wenige Interessenten erschienen. Es wurde auf das mit 40 000 RM veranschlagte Objekt nur ein Angebot abgegeben, und zwar von 5000 RM. Ein Zuschlag wurde nicht erteilt und eine zweite Versteigerung ist notwendig.

Die Aluminiumwerke in Singen a. S. haben eine Bekanntmachung an die Arbeiter und Angestellten erlassen, in der gesagt wird, das Reichsfinanzministerium hindere das Unternehmen, in Zukunft im Veredelungsverfahren Schweizer Nohaluminium für den Export zu verwenden. Dadurch würden die Werke außer Stand gesetzt, die Exportaufträge auszuführen. Das bedeute eine außerordentlich große Einschränkung der Arbeitsfähigkeit, ja sogar eine Bedrohung der Existenz des Werkes. Für die erste Woche im Januar wird Kurzarbeit angeordnet. Die Zellulosefabrik wird als erste Abteilung vollkommen stillgelegt.

Gemeinderundschau

Mannheim und Heidelberg

droht die Zwangsverwaltung

Der Stadtrat Mannheim nahm in einer am heutigen Samstag abgehaltenen Sitzung auf Ersuchen des Landeskommissärs nochmals Stellung zum Nachtragsetat für 1930/31. Auch in der heutigen Sitzung wurde der Nachtragsetat abgelehnt. Die Entscheidung über die weiteren Maßnahmen liegt in den Händen der Staatsaufsichtsbehörde.

Auch in Heidelberg besaß sich der Stadtrat am gestrigen Freitagabend erneut mit der Deckungsvorlage für den Nachtragsetat des städtischen Haushaltsplanes, der bekanntlich 1,5 Millionen Fehlbetrag aufweist. Trotz der Aufforderung des Landeskommissärs, die Erledigung bis zum 23. Dezember vorzunehmen, lehnte der Stadtrat die Deckungsvorlage erneut ab. Der Oberbürgermeister stellte darauf die zwangsweise Festsetzung des Haushaltsplanes durch die Staatsaufsichtsbehörde in Aussicht.

Die erste Sitzung des Karlsruher Stadtrats Der neue Karlsruher Stadtrat trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung in seiner neuen Zusammensetzung zusammen und bildete die Ausschüsse und Kommissionen.

Mitteilung der Bürger- und Biersteuer in Singen. Der Bürgerauschuß Singen (Hohentwiel) lehnte die Einführung der Bürger- und Biersteuer ab. Die Finanzlage der Stadt Singen ist wie in anderen Städten sehr gespannt. Man rechnet jetzt schon mit einem Fehlbetrag von 250 000 RM. Außerdem bewilligte der Gemeinderat 6000 RM als Weihnachtshilfe für die Erwerbslosen. Die kommunikativen Anträge auf Weihnachtshilfe hätten einen Betrag von 100 000 RM beansprucht.

Aus der Landeshauptstadt

Gefährdung des Wohnungsbaues durch die Notverordnung?

In der Technischen Hochschule Karlsruhe fand am Freitagabend eine vom Mittelschulischen Architekten- und Ingenieurverein und der Karlsruher Ortsgruppe des Bundes Deutscher Architekten einberufenen und von Interessenten zahlreich besuchte öffentliche Kundgebung über die „Gefährdung des Wohnungsbaues 1931 durch die Notverordnung vom 1. Dezember“ statt, in der Stadtoberrat Dr. Dommer und Architekt Dr. Wigger über die das ganze Baugewerbe schwer schädigenden Auswirkungen dieser Notverordnung mit ihrer 50prozentigen Drosselung der für den Wohnungsbau nunmehr zur Verfügung stehenden Erträge aus der Gebäudebesondersteuer referierten.

In der Aussprache, an der sich u. a. auch Bürgermeister Sauer und Ministerialrat Stürzenacker beteiligten, kam mehrfach zum Ausdruck, daß auch unter der Notverordnung die Möglichkeit eines, wenn auch stark beschränkten Bauens noch gegeben sei. Voraussetzung aber sei, daß sie nicht etwa durch die Ausführungsbestimmungen noch weiter eingeschränkt werde.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird betont, daß die Kürzung der aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel eine große Gefahr für die Existenz des ganzen Baugewerbes, einschließlich der darin beschäftigten Arbeiterschaft, darstelle, da sie zweifellos eine Einschränkung im Wohnungsbau herbeiführen müsse auf etwa ein Drittel des bisherigen Umfangs. Mit ihren einschneidenden Bedingungen über Ausmaß und Mietpreis der Neubauwohnungen werde hier eine Zwangswirtschaft neu eingeführt in dem Augenblick, wo man sie sonst zu lockern bestrebt sei. Dazu käme auch eine außerordentliche Schädigung der Mieter, da die verbilligten Wohnungen nur einem einzigen Prozent der Mieter zugute kämen, die übrigen 99 aber dann anormale, höhere Mieten zahlen müßten.

Trotz der ungünstigen Kapitalanlage würde die Weiterführung des Wohnungsneubaus bis zu etwa zwei Dritteln des bisherigen Umfangs möglich sein, wenn die Zwangsvorschriften der öffentlichen Hand unterblieben. Die Notverordnung begünstige einseitig den Bau von Klein- und Kleinstwohnungen zu niedrigen Mietpreisen. Demgegenüber sei festzustellen, daß der selbstverantwortliche Wohnungsbau sich dieses Kräftepotentials bereits energisch angenommen habe und dies in Zukunft noch mehr als bisher tun werde. Schließlich wird verlangt, daß von der Möglichkeit, die zur Verfügung zu stellen-

den Mittel bis auf zwei Drittel zu belassen, für Baden unbedingt Gebrauch gemacht werde.

Wiedereröffnung des Kaffee Museums. Heute Samstag nachmittags, 4 Uhr, wird das Kaffee Museum, das längere Zeit geschlossen war, wieder eröffnet. Als Hauskapelle wurde die bekannte Kapelle Henry Schäfer gewonnen.

Wirtschaft „Zum Felschhof“. Die Brauerei Fels hat in der Südstadt die Räume der früheren Wirtschaft „Zur Wolfschlucht“, Schützenstraße 10, vollständig umgebaut und darin hervorragend schöne und gemütlige Wirtschaftsräume geschaffen. Die neue Gaststätte wird den Namen „Zum Felschhof“ führen. Sie entspricht allen Anforderungen, welche man an einen durchaus modernen Wirtschaftsbetrieb zu stellen pflegt. Die Führung liegt in den Händen des Herrn Adolf Hoffner, früher Inhaber des Hotel Bayerischer Hof in Schwetzingen.

Badisches Landestheater. Die Weihnachtswache bringt nach den beiden Volksbühnenvorstellungen von Hebbels „Kriemhilds Rache“ am Montag, dem 22., und Dienstag, dem 23. Dezember, am Donnerstag, dem ersten Weihnachtstages, im Landestheater Wagners „Meisterfinger“ und im Konzerthaus die Erstaufführung der Komödie „Die Sache, die sich Liebe nennt“ von Burke. Am Freitag, dem zweiten Weihnachtstage, gelangt als Nachmittagsvorstellung das Weihnachtsmärchen „Der große Christoph“ von Ulrich von der Trenck zur Wiederholung und abends Offenbachs Operette „Die schöne Helena“ unter der musikalischen Leitung von Josef Krips neu einstudiert zur ersten Aufführung. Im Konzerthaus geht die Komödie „Die Sache, die sich Liebe nennt“ zum zweiten Male in Szene. — Schafeparees „Kaufmann von Venedig“ beschließt am Samstag, dem 27. Dezember, die Woche. — Am Sonntag, dem 28. Dezember, findet — in der Sondermiete für Auswärtige — eine Aufführung von Puccinis Oper „Die Bohème“ statt; abends geht Wechhoens „Fidelio“ in Szene. — Im Konzerthaus gelangt die Operette „Meine Schwester und ich“ zur Wiederholung.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet behauptet vorerst seinen Einfluß auf unsere Gegend. Gestern abend hat es wieder aufgehellt; feiter herrscht im ganzen Lande heiteres Wetter. Die Temperaturen sanken auch in tiefen Lagen nachts wieder einige Grade unter Null. — **Wetterausblick:** Keine wesentliche Änderung, etwas milder, höchstens vereinzelt leichte Niederschläge.

Waffenstände: Waldshut 239 — 6, Wajel 49 — 5, Schutterinsel 110 — 2, Kehl 255 — 3, Ragau 431 — 14, Mannheim 345 — 10, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

3000 Reichsmark Geldstrafe wegen Ministerbeleidigung
 D3. Mannheim, 20. Dez. (Tel.) In einer Versammlung der Nationalsozialisten in Schriesheim am 11. Oktober 1929 beschäftigte sich der als Redner auftretende frühere Polizeioberleutnant Pfäumer auch mit dem Minister Dr. Kemmle, unter schweren beleidigenden Ausfällen. Pfäumer wurde am 25. August in der ersten Instanz zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat verurteilt. Das Berufungsgericht kam nach 2½stündiger Beratung zur Zurückweisung der Berufung der Staatsanwaltschaft. Auf die Berufung des Angeklagten wurde das Urteil der ersten Instanz dahin abgeändert, daß der Angeklagte wegen öffentlicher Beleidigung des Ministers Dr. Kemmle zu einer Geldstrafe von 3000 Reichsmark verurteilt wird. Das Urteil ist im „Führer“, der Mannheimer „Volksstimme“ und in der „Karlsruher Zeitung“ zu veröffentlichen.

Vor der Beilegung des deutsch-schweizerischen Studentenkonfliktes

Der Zentralvorstand des Verbandes Schweizerischer Studentenschaften in Zürich hat die deutsche Studentenschaft zu einer gemeinsamen Besprechung über die Gegenstände der deutschen und schweizerischen Studentenschaft eingeladen. Dabei sollen auch Besprechungen zwischen der Studentenschaft der Universität Freiburg i. Br. und der Studentenschaft der Universität Basel stattfinden.

D3. Mannheim, 20. Dez. Die hiesigen Gastwirte haben in zwei stark besuchten Versammlungen im Friedrichspark und Ballhaus, in denen Reichstagsabgeordneter Küster (Berlin) und Verbandspräsident Knobel (Karlsruhe) referierten, entschieden gegen die Sonderbesteuerung des Gastwirtsberufes protestiert, das durch die neuen Steuern in seiner Existenz bedroht werde.

Hb. Konstanz, 18. Dez. Die „Deutsche Bodenseezeitung“ meldet, daß die Zahl der badischen Bauern, die ihr Mehl in der Schweiz fünfprozentig holen, immer größer wird. Eine sonderbare Zeit, wo selbst der Bauer seinen Weizen verkauft und mit dem Erlös Weizenmehl in der Schweiz einkauft.

Den Weg zum Glück

haben schon viele durch ein Sparbüchlein gefunden. Die heutige Zeit mit ihrer betonten Sachlichkeit stellt ein zweckmäßiges Handeln in den Vordergrund. Nichts soll geschehen, das nicht klar und ohne Umschweife der Erreichung eines bestimmten Zieles dient. Der Ernst der Zeiten läßt diese Wandlung in der allgemeinen Lebensauffassung erklärlich erscheinen. In Geldsachen kommt dies ganz besonders zum Ausdruck, weil heute fast jedermann mit dem Pfennig rechnen und bestrebt sein muß, bei allen Ausgaben in wohl überlegter Weise vorzugehen. Gerade bei der Auswahl der Weihnachtsgeschenke sind derartige Überlegungen vonnöten, denn man will mit seinen Gaben nicht nur eine vorübergehende Freude bereiten, sondern auch etwas Nützliches und Brauchbares bieten, das wertvoll und zugleich von Bestand ist. Aus diesem Grunde ist das beste Weihnachtsgeschenk, das auf keinem weihnachtlich geschmückten Tische fehlen darf: ein Sparbüchlein einer öffentlichen Sparkasse.

D3. Sindolsheim (Amt Adelsheim), 20. Dez. Der Gendarmerie ist es gelungen, auch die Schafstiehe dingfest zu machen. Man hat die Burschen, drei an der Zahl, in Andernach bei Köln verhaftet, wo man bekanntlich auch die Schafstiehe entbedet hat. Einer der Diebe war vor einigen Jahren Schafstieher in Sindolsheim und Altheim und wurde von einem Altheimer Landwirt erkannt, als er sich nach dem Pferch des Schäfers Schmitt erkundigte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Dezember		19. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.74	169.08	168.73	169.08
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	112.07	112.29
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.935	21.975
London . . . 1 Pfd.	20.521	20.391	20.352	20.392
New York 1 D.	4.1910	4.1990	4.1905	4.185
Paris . . . 100 Fr.	16.452	16.492	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.41	81.57	81.34	81.50
Wien 100 Schilling	59.01	59.13	59.015	59.135
Prag . . . 100 Kr.	12.437	12.457	12.435	12.455

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/8 Proz. auf 4 7/8 Proz. erhöht.

Süddeutscher Jüder. Der Aufsichtsrat der Süddeutschen Jüder-A.G., Mannheim, hat beschlossen, der Generalversammlung am 9. Januar für das am 31. August beendete Geschäftsjahr vorzuschlagen, aus dem Reingewinn von 4 798 550 (i. B. 4 739 773) Reichsmark eine Dividende von 10 (i. B. 12) Proz. auf die Stammaktien und von wieder 7 Prozent auf die Vorzugsaktien zu verteilen und im Hinblick auf die ungewisse nächste Zukunft der Jüderindustrie einen um 650 777 auf 1 810 550 Reichsmark vergrößerten Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Fabrik Stolzenberg Büroeinrichtungs-WG. Baden-Dos. Durch den Vergleichstermin am Freitag scheint gesichert zu sein, daß der Vergleich bestätigt wird. Dieser Vergleich sieht bekanntlich eine Dreiteilung der Gläubiger vor. Die erste Gruppe bis 250 M wird voll befriedigt, die zweite Gruppe, Gläubiger von 250 bis 6000 M, erhalten 30 Proz. in bar und 30 Proz. in Büromöbeln. Forderungen über 6000 M werden mit 30 Proz. in bar und mit 25 Proz. in Aktien der Gesellschaft geregelt. Die Barquoten sind in Raten mit einem Fünftel in 4., 5. und 6. Monat nach Rechtskraft des Vergleichs, der Rest in sechs gleichen Monatsraten zahlbar, deren erste drei Monate nach Ablauf des sechsten Monats fällig wird.



DAS DANATBANK SPARBUCH EIN ZEITGEMASSES WEIHNACHTS-GESCHENK DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK FILIALE KARLSRUHE (BADEN) KAISERSTRASSE 76 (AM MARKTPLATZ)

Staatsanzeiger

In die Bezirksämter und die Polizeidirektion Baden.
 Baden, den 24. Dezember.
 Auf Grund des § 65 der Gewerbeordnung wird auch für dieses Jahr bestimmt, daß bei den am 24. Dezember 1930 stattfindenden Messen und Jahrmärkten der Geschäftsbetrieb nicht über 17 Uhr hinaus ausgedehnt werden darf.
 Karlsruhe, den 20. Dezember 1930.
 Der Minister des Innern:
 J. Wittmann.
 Sach- und Gelbsteuer.
 Dem landwirtschaftlichen Bezirksverein Mannheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sach- und Gelbsteuer (Prämarktlotterie) erteilt.
 Karlsruhe, den 17. Dezember 1930.
 Der Minister des Innern:
 J. B. Wetzel.

Personeller Teil
 Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten
 Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
 Befördert:
 Verwaltungsassistent Josef Keller an der Landesarbeitsanstalt Rislau zum Bezirksamt Karlsruhe.
 Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
 Gendarmeriekommissar Jakob Herrmann in Schopfheim und Gendarmerieoberwachmeister Wendelin Wals in Ulmensee.
 Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten:
 Werkmeister Karl Ganninger an der Landesarbeitsanstalt Rislau.

Samstag, den 20. Dezember 1930, nachmittags 4 Uhr

WIEDER-ERÖFFNUNG

DES

KAFFEE MUSEUM

Waldstraße 32

EIGENE KONDITOREI

Inhaber: Robert Krieg • Kapelle: Gastspiel HENRY SCHAEFFER • Leitung Dir. E. Mössner



An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Bäckerei- und Konditorei-waren-Bestellungen

werden für die WEIHNACHTSFEIERTAGE nur bis DIENSTAG MITTAGS 12 UHR in den Verteilungsstellen ENTGEGENGENOMMEN. Wir bitten, diesen Termin einzuhalten, weil sonst keine Gewähr für pünktliche Lieferung gegeben ist. UNSERE VERTEILUNGSSTELLEN sind am Mittwoch, den 24. Dezember, VON 8 UHR MORGENS BIS 6 UHR ABENDS geöffnet. K.859

Lebensbedürfnisverein

Zum Felshof

Schützenstraße 10

Moderne Gaststätte mit hervorragend schönen und gemütlichen Wirtschaftsräumen

Spezialausschank der Brauerei Heinrich Fels

Erstklassige Küche

Heute Samstag

Eröffnung

Zum Besuch laden ein:

K.858

ADOLF HAFFNER U. FRAU

Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempf & A. Prinz A.-G. Karlsruhe

Jahresrechnung auf 31. August 1930

Vermögen		Verbindlichkeiten	
RH	RH	RH	RH
Biegeschichten	3 384 051.13	Aktienkapital	2 970 000.—
Abschreibungen	167 651.13	Hypothekenzapital	760 795.02
	3 216 400.—	Gesellschaftliche Rücklage	297 000.—
Maschinen und Geräte	318 663.59	Sonderrücklage	550 000.—
Abschreibungen	105 513.59	Saftgeldrechnung	144 929.78
	213 150.—	K. Schrempf'sche Arbeiter- und Beamtenstiftung	228 090.45
Vorräte	200 517.—	Unterstützung	135 650.—
Schuldner	4 072 481.61	Betriebssparkasse	51 577.68
Raffinbestand	4 900.58	Gläubiger	2 110 776.21
		Gewinn- und Verlustrechnung	
		Vortrag auf 1.9.29	50 159.09
		Reingewinn 1929/30	407 830.98
			457 990.07
			7 706 809.19

Gewinn- und Verlustrechnung

Soll		Haben	
RH	RH	RH	RH
Abschreibungen	273 164.72	Betriebsüberschuß	680 995.70
Reingewinn	407 830.98		680 995.70
	680 995.70		

In den Aufsichtsrat wurden gewählt:

Herr Friedrich Schrempf, Durlach i. V.

Herr Generaldirektor Bruno Schubert, Frankfurt a. M.

Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempf & A. Prinz A.-G.

K. Schrempf

K. Radlener

K.854



DAS ZEITGEMÄSSE WEIHNACHTS-GESCHENK.

EIN SPARKASSEN-BUCH

DEINER ÖFFENTLICHEN SPARKASSE.

Präsentkörbe

in einfacher bis feinsten Ausführung u. allen Preislagen

Dieses Jahr besonders billige

Weihnachts-Gänse

Mastenten: Poularden: Kapunen: Masthähnen Truthähnen u. Hennen: Suppen- u. Fricassee-Hühner

Rehe, Hasen, Fasanen

Rheinsalm — Nordsalm — Spiegelkarpfen — Zander

Rotzungen, Heilbutt, Räucheraal u. Lachs Goldbarsch-Filets, Holländ. Schellfische u. Kabliau

Fischkonserven aller Art

Russ. Kaviar, lebende Hummern

Gänseleberterrinen und Pasteten

Gänseleberwurst, Pomm. Gänsebrust, Bayonner und Lachsschinken, echt westf. Kernschinken, Würstwaren, Käse in größter Auswahl

Obst- und Gemüse-Konserven

Nürnberger Lebkuchen, Pralinen in reiz. Packungen

Südfrüchte: Frische Ananas, gelbe u. blaue Trauben, Orangen, Mandarinen, Datteln u. Feigen

In meinem Spezial-Geschäft:

Kissels Kaffee (Festtags-Mischung)

TEE, Kakao in hübschen Dosen

Weiß- und Rotweine / Liköre / Sekt / Punsch

K.853 Alles in bekannt bester Güte bei

Hans Kissel Kaiserstraße Nr. 150

Telephon Nr. 198 und 167

Lieferung frei Haus. Verpackung frei. Versand nach auswärts

Vorausbestellung. auf Fische, Wild, Geflügel erbitte baldigst

Zwangsversteigerung.

III VT. Nr. 4/30.

Im Zwangsversteigerungsamt des Notariats am Dienstag, den 10. Februar 1931, vormittags 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, I. Stod, Zimmer 4, das Grundstück des Schlossermeisters Arthur Joos in Karlsruhe auf Gemarkung Karlsruhe. Die Versteigerung wurde am 7. März 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 7. März 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrift.

Grundbuch Karlsruhe Band 35 Heft 12: Lgh.-Nr. 696: 11 ar 81 qm Hofreite mit Gebäuden an der Amalienstraße 24. Auf der Hofreite steht:

- a) ein vierstöck. Wohnhaus mit teils gewölbtem — teils Schienenkeller nebst vierstöck. Wohnungsanbau rechts mit Schienenkeller und ohne Dachraum.
- b) ein vierstöck. Seitenbau rechts an a), teilweise mit Schienenkeller.
- c) ein dreistöck. Querbau mit gewölbtem Keller und Wohnung.
- d) ein dreistöck. Seitenbau links zwischen a) und c) ohne Keller.

- e) ein zweistöck. Bürogebäude links hinter c) ohne Keller.
- f) ein dreistöck. Seitenbau rechts an c) mit gewölbtem Keller.
- g) eine zweistöck. Werkstätte ohne Keller, rechts an f) angebaut.
- h) ein dreistöck. Seitenbau links zwischen c) und e) ohne Keller.
- i) ein zweistöck. Querbau an der hinteren Grenze ohne Keller mit Wohnung.
- k) ein zweistöck. Materialschuppen ohne Keller an e) angebaut.
- l) ein zweistöck. Treppenhauseinbau zwischen i) und k) ohne Keller.

Schätzung ohne Zubehör: 126 000 RM. Schätzung mit Zubehör 126 601 RM. R.173

Karlsruhe, den 15. Dezember 1930.

Badisches Notariat III als Vollstreckungsgericht.

Bekanntmachung.

In der Zwangsversteigerungssache gegen Philipp Gerbold, Werkmeister Eheleute in Karlsruhe, ist der Versteigerungstermin vom 20. Januar 1931 aufgehoben.

Karlsruhe, den 16. Dezember 1930.

Badisches Notariat 5 — als Vollstreckungsgericht.

Mitwirkende:

Bertram, Ermarth, Frauendorf, Genter, Seiling, Schreiner, Guse, Kurz, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Just, Kühne, Mehnert, Müller, Brüder, Schulze, Grimm, Luther, Ribinius, Seibert.

Anfang 15^{1/2} Ende 17^{1/2} L. Rang u. I. Sperritz 3 RM

Abends

* C 11. Rh.-Gem. 401—500 und 601—700

Carmen

Oper von Bizet

Dirigent: Schwarz

Regie: Dr. Baag

Mitwirkende:

Fanz, Fischbach, Grünwald-Seyfert, Winter, Gospach, Kainbach, Kiefer, Böser, Kentwig, Ritzsch, Kleinbusch

Anfang 19^{1/2} Ende 22^{1/2} Preise D (1—3 RM)

Im Stadt. Konzerthaus

Sonntag, den 21. Dez. 1930

Meine Schwester und ich

Operette in zwei Akten u. einem Vor- und Nachspiel nach Ber- und Verneuil von Robert Blum

Singsänger und Musik von Ralph Benatzki

Dirigent: Reißberth

Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:

Janf, Genter, Seiberlich, Seiling, Brand, Graf, Kloebe, Kühne, Rehner, Müller, Brüder, H. Henschel

Anfang 19^{1/2} Ende 22^{1/2} I. Partett 3,50 RM

Badisches Landestheater

Sonntag, den 21. Dez. 1930

Nachmittags

5. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Der große Christoph

Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trend

Regie: v. d. Trend